

**Niederschrift
über die Sitzung des Stadtrates**

Sitzung am :	Dienstag, den 17.12.2024
Sitzungsort:	Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 21:27 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen sind 35 ständig anwesend.

Vorsitzender

Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Daniel Beegen
Frau Heike Bertram
Herr Dieter Blechschmidt
Frau Cornelia Erhardt
Herr Frank Erhardt
Herr Sven Gerbeth
Herr Helmar Gerisch
Herr Stefan Golle
Herr Lars Gruber
Frau Yvonne Gruber
Frau Claudia Hänsel
Herr Ronny Hering

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Christian Hermann
Herr Sebastian Heydel
Herr Eric Holtschke
Herr Christian Kellner
Frau Kerstin Knabe
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Frau Maike Kühn
Herr Lars Legath
Frau Steffi Liedtke
Frau Monika Mühle
Herr Michael Petzold
Frau Petra Rank

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Thomas Salzmann
Herr Georg Schatzberg
Herr Maik Schwarz
Herr Bernd Stubenrauch
Frau Diana Tarnawski
Herr Stephan Uhlig
Frau Mary Wachsmuth
Herr Max-Dominik Windisch
Herr Markus Witte
Frau Diana Zierold

Zeitweise Anwesende:

Zeitweise anwesend waren 8 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen.

Herr Ingo Eckardt
Frau Alexandra Glied
Herr Jens Heinritz
Herr Rico Kusche
Herr Jörg Schmidt
Herr Tim Schuster
Frau Diana Simon
Herr Mathias Weiser

zeitweise anwesend ab TOP 2.2.
zeitweise anwesend ab TOP 2.4.
zeitweise anwesend bis TOP 2.5.14
zeitweise anwesend bis TOP 2.4.
zeitweise anwesend ab TOP 2.4.
zeitweise anwesend bis TOP 2.5.
zeitweise anwesend ab TOP 2.2.
zeitweise anwesend ab TOP 1.1.

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Kerstin Wolf	Bürgermeisterin GB II	zu allen TOP
Tobias Kämpf	Bürgermeister GB I	zu allen TOP
Lars Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Peggy Hein	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Andreas Nickel	FGL Gesamthaushalt	zu allen TOP öffentl. Teil
Martin Scheibner	Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Sascha Giller	Justiziar	zu allen TOP
Nadja Friedländer-Schmidt	FBL Bürgerservice	zu allen TOP öffentl. Teil
Carola Blume-Brake	FBL Haupt- und Personalverwaltung	zu allen TOP
Nadine Pissors	Organisatorin	bis TOP 2.9
Nadine Läster	Leiterin Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP

Sebastian Barg	SB Internetredaktion	zu allen TOP öffentl. Teil
Dr. Renè Schreiter	FBL Ordnung und Sicherheit	zu allen TOP
Markus Löffler	FBL Stadtplanung, Bauordnung, Umwelt	zu allen TOP
André Körner	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Lutz Armbruster	Betriebsleiter GAV	zu allen TOP öffentl. Teil
Harald Haupt	Fachberater Bau	bis TOP 2.2
Eric Hoffmann	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	bis TOP 2.5
Kerstin Karch	Direktorin Kulturbetrieb	bis TOP 2.8
Steffen Ullmann	FGL Tiefbau	zu allen TOP öffentl. Teil
Carla May	Klimaanpassungsmanagerin	zu allen TOP öffentl. Teil
Marcel Fröbisch	Personalrat	zu allen TOP

Weitere Sitzungsteilnehmer:

Name

Anwesenheitsgrund

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Zobel, SPD/Initiative-Fraktion	zu allen TOP
Frau Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht	zu allen TOP
Herr Arlt, AfD-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter der Presse	

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

- 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2. Vereidigung eines Mitglieds des Stadtrates der Stadt Plauen
- 1.3. Tagesordnung
- 1.4. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 22.10.2024
- 1.5. Beantwortung von Anfragen
- 1.6. Informationen des Oberbürgermeisters
- 1.7. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am

2. Beschlussfassung

- 2.1. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern in die Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Plauen (KuSpA, WA)
BSV-095/2024
- 2.2. Satzung zur Rechtsstellung und Unterstützung der Fraktionen im Stadtrat der Stadt Plauen (Fraktionsfinanzierungssatzung)
BSV-067/2024
- 2.3. 1. Änderung der Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs
BSV-078/2024
- 2.4. Satzung zur 6. Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung vom 19.12.2023
- Antrag der SPD/Initiative-Fraktion, Reg.-Nr. 2-24 - Stellungnahme der Verwaltung
BSV-076/2024
- 2.5. Haushaltssatzung 2025/2026
BSV-097/2024
 - 2.5.1. Antrag 18-24HH - Fraktion Freie Bürgerliste Plauen
 - 2.5.2. Antrag 395-24HH - Ortschaftsrat Jößnitz
 - 2.5.3. Antrag 6-24HH - Ortschaftsrat Jößnitz
 - 2.5.4. Antrag 9-24HH - SPD/Initiative-Fraktion
 - 2.5.5. Antrag 10-24HH - SPD/Initiative-Fraktion
 - 2.5.6. Antrag 12-24HH - SPD/Initiative-Fraktion
 - 2.5.7. Antrag 13-24HH - Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht
 - 2.5.8. Antrag 17-24HH - Fraktion Freie Bürgerliste
 - 2.5.9. Antrag 21-24HH - Fraktion Die Linke/Grüne
 - 2.5.10. Antrag 24-24HH - Fraktion Die Linke/Grüne

- 2.5.11. Antrag 37-24HH AfD-Fraktion
- 2.5.12. Antrag 38-24HH AfD-Fraktion
- 2.5.13. Antrag 39-24HH AfD-Fraktion
- 2.5.14. Antrag 40-24HH AfD-Fraktion
- 2.5.15. Antrag 41-24HH AfD-Fraktion
- 2.5.16. Antrag 42-24HH AfD-Fraktion
- 2.5.17. Antrag 43-24HH AfD-Fraktion
- 2.6. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)
BSV-081/2024
- 2.7. Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2024 der GAV
BSV-084/2024
- 2.8. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die brandschutztechnische Ertüchtigung des Objektes Friedrich-Engels-Straße 1
BSV-085/2024
- 2.9. Nachhaltiges Klimaanpassungskonzept für die Stadt Plauen (NaKliP)
BSV-059/2024
- 2.10. Antrag der Fraktion SPD/Initiative-Fraktion - Winterdienst am Schloßhang sowie an der Friedensbrücke, Reg.-Nr. 4-24 - Stellungnahme der Verwaltung
- 3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

1. Eröffnung der Sitzung

Die 4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung von Oberbürgermeister Steffen Zenner eröffnet und geleitet.

Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, und Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, bestellt.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurden folgende Anträge ausgereicht:

Der Änderungsantrag **Reg.-Nr. 35-24HH** vom Ortschaftsrat Jößnitz, welcher zum TOP 2.5.2 behandelt wird.

Die Anträge **Reg.-Nr. 37-24HH** bis **Reg.-Nr. 43-24HH** von der AfD-Fraktion, welche als TOP 2.5.11 bis TOP 2.5.17 behandelt werden

Der Antrag **Reg.-Nr. 44-24** der AfD-Fraktion, welcher zum TOP 2.4 behandelt wird.

Der Antrag **Reg.-Nr. 45-24** der AfD-Fraktion, welcher zum TOP 2.2 behandelt wird.

1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Stadtrates der Stadt Plauen mit 38 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates (einschließlich Oberbürgermeister Zenner) gewährleistet ist.

1.2. Vereidigung eines Mitglieds des Stadtrates der Stadt Plauen

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass Frau Claudia Hänsel zur konstituierenden Sitzung am 3. September 2024 entschuldigt war und noch nicht vereidigt werden konnte.

Oberbürgermeister Zenner bittet Frau Hänsel für ihre Vereidigung als Stadträtin der Stadt Plauen nach vorn. Das Verpflichtungsschreiben hat Frau Hänsel vorab erhalten.

Oberbürgermeister Zenner verliest den Verpflichtungstext gemäß § 1 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen, welcher um Gesetzestexte zur Verschwiegenheitspflicht und zur Befangenheitsfrage erweitert wurde.

Nach dem Verlesen und Nachsprechen der Verpflichtungserklärung wird Stadträtin Hänsel gebeten, das Verpflichtungsschreiben zu unterzeichnen.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass Stadträtin Claudia Hänsel das Verpflichtungsschreiben unterzeichnet hat und damit die vorgeschriebene öffentliche Verpflichtung durch den Oberbürgermeister erfolgt ist.

1.3. Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vor.

1.4. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 22.10.2024

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 22. Oktober 2024 fest.

1.5. Beantwortung von Anfragen

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, hat noch keine Beantwortung zu seiner nachfolgend aufgeführten Anfrage aus der Stadtratssitzung am 22. Oktober 2024 erhalten.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, fragt nach, was das Jugendamt konkret unternimmt bezüglich der Situation in der Innenstadt (TOP 1.6. Bericht Polizeipräsident zu Jugendkriminalität). Er fragt weiter nach, ob und wie oft der Austausch zu diesem Thema erfolgt.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass es sich um drei bis vier Beteiligte gehandelt habe, die in unterschiedlicher Zusammensetzung in Plauen unterwegs waren. Drei der vier Beteiligten wurden teilweise stationär in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Plauen, dem Jugendamt des Vogtlandkreises und der Polizei sei sehr kooperativ gewesen. Derzeit gäbe es keine weiteren Aktivitäten dieser Jugendlichen im Stadtgebiet Plauen.

1.6. Informationen des Oberbürgermeisters

Bürgermeisterin Kerstin Wolf informiert zum aktuellen Stand beim Bau der Dreifeldhalle am Lessinggymnasium.

Derzeit seien 30 bis 40 Handwerker auf dieser Baustelle tätig. Viele Gewerke arbeiten parallel nebeneinander.

Beim Einbau der Teleskop-Tribünen, der Erstellung der Prallwände, dem Einbau der Trennvorhänge und dem Einbau des Sportbodens gäbe es derzeit aber Verzögerungen im Rahmen von ca. 6 Wochen.

Die Halle könne somit leider nicht zum 1. März 2025 für den Schulsport freigegeben werden.

Die Verlängerung der Baumaßnahmen habe keinen Einfluss auf die Brandschutzabnahme sowie auf die sicherheitstechnische und bauaufsichtliche Abnahme.

Aller Voraussicht nach könne die Halle erst nach den Osterferien für den Schulsport geöffnet werden.

Bürgermeisterin Wolf informiert weiterhin zur Baustelle „Neue Elsterbrücke“.

Am vergangenen Freitag konnte die Straße am Komturhof in beide Richtungen wieder geöffnet werden.

Die Überdeckung der Syra sowie der Anschluss des Bereiches Mühlgraben an die Sparkasse konnten fertiggestellt werden.

Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass auch die Baustelle Theaterstraße/Brücke ebenfalls fertiggestellt werden konnte. Die Verkehrsfreigabe in Richtung Theater sei erfolgt. Es würden noch kleine Restarbeiten in den nächsten Tagen erledigt.

Oberbürgermeister Zenner informiert darüber, dass am 28. Januar 2025, ab 15:30 Uhr eine Sondersitzung des Stadtrates der Stadt Plauen einberufen wird.

Es soll eine Beschlussfassung für eine erneute Bewerbung für das Förderprogramm „Programm für Wachstum und Entwicklung – Stadtteil Haselbrunn“ erfolgen.

1.7. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 19.11.2024

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Neueinstellung von Herrn Dr. Hans-Diether Dörfler als Leiter der Galerie e.o.plauen – Kunstmuseum Erich Ohser ab dem 1. Februar 2025 beschlossen.

Nachtrag: Dr. Dörfler kann erst ab 1. April 2025 beginnen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die unbefristete Einstellung von Herrn Tim Großpietsch zum 1. Januar 2025 als Fachgebietsleiter Hochbau, Technische Gebäudeausrüstung im Geschäftsbereich II, Fachbereich Städtische Bauaufgaben, Bewirtschaftung, Fachgebiet Hochbau, Technische Gebäudeausrüstung beschlossen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die unbefristete Einstellung von Frau Pauline Olejnik zum 1. Februar 2025 als Justiziarin im Geschäftsbereich Oberbürgermeister beschlossen.

2. Beschlussfassung

2.1. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern in die Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Plauen (KuSpA, WA) BSV-095/2024

Beschluss:

Der Beschluss zur Vorlage BSV-070/2024 (Stadtratssitzung am 19. November 2024) wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Abberufung von Frau Yvonne Schmalfuß als sachkundige Einwohnerin aus dem Kultur- und Sportausschuss.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-1**

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Abberufung von Herrn Renè Abshagen als sachkundiger Einwohner aus dem Wirtschaftsförderungsausschuss.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-2**

3. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt widerruflich die Berufung von Frau Yvonne Schmalfuß als sachkundige Einwohnerin in den Wirtschaftsförderungsausschuss.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-3**

4. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt widerruflich die Berufung von Herrn Renè Abshagen in den Kultur- und Sportausschuss.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-4**

2.2. Satzung zur Rechtsstellung und Unterstützung der Fraktionen im Stadtrat der Stadt Plauen (Fraktionsfinanzierungssatzung) BSV-067/2024

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass der zu diesem Tagesordnungspunkt gestellte Änderungsantrag der AfD-Fraktion, **Reg.-Nr. 45-24**, zu Beginn der heutigen Sitzung ausgereicht wurde.

Oberbürgermeister Zenner informiert außerdem über folgende Schreibfehler im Änderungsblatt zur Vorlage:

1. In § 4 Abs. 3 **Satz 5**
2. In § 4 Absatz 3 wird um einen **Satz 6** ergänzt:

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, erläutert den Inhalt des Änderungsantrages, **Reg. Nr. 45-24**.

Oberbürgermeister Zenner trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag vor.

Nach Meinung von Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, seien die Anträge der AfD-Fraktion „populistisch motiviert“, welche geeignet wären, die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen zu schwächen. Es habe bereits einen Beschluss zur jährlichen Erhöhung der Fraktionsmittel um 2 % gegeben, welcher aber aufgrund der angespannten Haushaltslage für 2 Jahre ausgesetzt war.

Auch die Reduzierung der Fraktionsmittel scheint der CDU-Fraktion nicht angemessen, da hiervon im Wesentlichen die Fraktionsgeschäftsführer bezahlt würden.

Stadtrat Eric Holtschke, Fraktionsvorsitzender SPD/Initiative-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion der Satzung aus verschiedenen Gründen nicht zustimmen könne, z. B. dass der Oberbürgermeister Einblick in eine interne Fraktionsvereinbarung bekommen müsse und dass alle Mitglieder des Zusammenschlusses einer Fraktion eine Erklärung über die gemeinsamen kommunalpolitischen Ziele vorlegen sollen (§ 1).

Weiterhin kritisiert er den § 4 der Satzung, dass keine weiteren elektronischen Geräte durch die Fraktion zu beschaffen seien.

Ein weiterer Kritikpunkt sei der § 9. Stadtrat Holtschke warnt ausdrücklich vor einer Schlechterstellung der Fraktionsgeschäftsführerinnen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass es dem Oberbürgermeister obliegt, rechtlich nachzuprüfen, wie die Fraktionsmittel verwendet würden. Weiterhin sollte klar ersichtlich sein, dass sich Fraktionen nicht nur deshalb zusammenfinden, um Fraktionsmittel beziehen zu können.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erklärt, dass seine Fraktion den Punkten 1 und 2 des Änderungsantrages der AfD-Fraktion nicht zustimmen könne. Der Satzung insgesamt könne man aber die Zustimmung geben.

Die von der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Kürzungen können nicht mitgetragen werden. Die Fraktion Freie Bürgerliste Plauen verfügt ohnehin nur über eine Finanzausstattung in Höhe eines niedrigen fünfstelligen Betrages. Davon wird eine nicht fest angestellte Fraktionsgeschäftsführerin auf Honorarbasis bezahlt. Weiterhin werden aus diesen Mitteln bestimmte grundlegende Dinge finanziert, die für die normale Fraktionstätigkeit notwendig seien.

Stadtrat Gerbeth plädiert dafür, dass eine Dynamisierung angemessen sei. Diese würde den Haushalt nicht erheblich belasten.

Zudem macht er deutlich, dass er kein Problem damit hat, eine Fraktionsvereinbarung zu schließen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, spricht zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion. Er führt aus, dass der Änderungsantrag nichts Anderes bedeutet als, dass die anderen Fraktionen noch weiter bei den Gehältern ihrer Mitarbeiter sparen sollen und bezeichnet ihn als „arbeitnehmerfeindlich“ gegenüber den Fraktionsgeschäftsführerinnen und als „demokratiefeindlich“ gegenüber den ehrenamtlich tätigen Stadträten im Stadtrat.

Stadtrat Legath sagt, dass Punkt 3 des Antrages dazu führen würde, dass die digitale Ratsarbeit sowohl über die Zulage nach der Entschädigungssatzung als auch über die Fraktionsmittel finanziert werden würde.

Auch Stadtrat Legath können nicht verstehen, wo das Problem einer Fraktionsvereinbarung sei.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik kritisiert die Länge der Satzung und merkt an, dass diese das genaue Gegenteil von Bürokratieabbau sei. Er kritisiert auch die Kleinteiligkeit in Bezug auf zulässige Verwendungszwecke. Er betont, dass die CDU-Fraktion eine solche „Regelungswut“ grundsätzlich ablehne. Nichtsdestotrotz wird die Fraktion der Satzung zustimmen, da

man am 1. Januar 2025 eine Satzung brauche, die rechtskonform ist.

Oberbürgermeister Zenner nimmt Bezug auf die Fraktionsfinanzierung des Vogtlandkreises und empfiehlt diese zu lesen, um zu sehen, dass die Stadt Plauen ihren Ratsfraktionen mehr ermöglicht. Der Kreis sei dagegen restriktiver. Zudem verteidigt Oberbürgermeister Zenner die Länge der Satzung. Die Anlagen würden zu dieser Länge führen, die Kernsatzung sei mit sechs Seiten wesentlich kürzer.

Stadtrat Holtschke knüpft an die Worte von Stadtrat Prof. Dr. Kowalick an und möchte grundlegende Kritik daran äußern, dass die Satzung, trotz dessen, dass seit 2022 klar ist, dass es ab 2025 einer Satzung bedarf, die Stadt Plauen sie zum letztmöglichen Zeitpunkt vom Stadtrat beschließen lässt. Er verweist auf die Stadt Leipzig, die auch schon eher die neue Satzung beraten hat.

Stadtrat Legath fragt zum Inkrafttreten der Satzung. In § 10 der Satzung steht, dass diese am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft tritt. Er verweist auf die Satzung des Kreises, die explizit zum 31. Dezember 2024 um 24 Uhr in Kraft tritt, da laut Verordnung bis zum 1. Januar 2025 eine Satzung beschlossen sein soll.

Er fragt, wann die Bekanntmachung erfolgen wird und ob gegebenenfalls der Satz aus der Satzung des Kreises analog übernommen werden soll.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass die Bekanntmachung zweifelsfrei noch in diesem Jahr durch Unterzeichnung erfolgt und somit die Satzung rechtzeitig in Kraft tritt.

Oberbürgermeister Zenner lässt nunmehr über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion, **Reg.-Nr. 45-24**, abstimmen.

Beschluss zum Änderungsantrag:

1. Die in § 5 2a) a) und b) benannten Mittel zur Fraktionsfinanzierung werden um 5% reduziert.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen; 29 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-6

2. Die dynamische jährliche Erhöhung der Fraktionsmittel ab 2027 wird nicht in die Satzung übernommen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen; 29 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-7

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf geheime Abstimmung zum Punkt 3 des Änderungsantrages, Reg.-Nr. 45-24.

Abstimmungsergebnis des Geschäftsordnungsantrages: 14 Ja-Stimmen; 24 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-5

Der Geschäftsordnungsantrag ist abgelehnt.

3. Im § 4 Abs. 3 wird der Satz 5 „Darüber hinaus sind keine weiteren technischen Geräte durch die Fraktionen zu beschaffen.“ gestrichen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen; 25 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 4/24-8

Der Änderungsantrag ist in allen drei Punkten abgelehnt.

Beschluss zur Vorlage:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Rechtsstellung und Unterstützung der Fraktionen im Stadtrat der Stadt Plauen (Fraktionsfinanzierungssatzung).

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen; 17 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-9

2.3. 1. Änderung der Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs
BSV-078/2024

Frau Kerstin Karch, Direktorin Eigenbetrieb Kulturbetrieb der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, unterstreicht, dass die Änderung der Entgeltordnung unmittelbare Folge der Eingliederung der Galerie e.o.plauen - Kunstmuseum Erich Ohser im Erich-Ohser-Haus als eigenständige Einrichtung in den Kulturbetrieb ist. Er begrüßt die Möglichkeit von Jahreskarten.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 1. Änderung der Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-10

2.4. Satzung zur 6. Änderung der Elternbeitragsatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung vom 19.12.2023
- Antrag der SPD/Initiative-Fraktion, Reg.-Nr. 2-24 - Stellungnahme der Verwaltung
BSV-076/2024

Oberbürgermeister Zenner leitet zur Vorlage ein und erinnert an die gemeinsame Verantwortung.

Oberbürgermeister Zenner weist auf den noch eingegangenen Antrag der AfD-Fraktion sowie auf das Änderungsblatt zur Vorlage hin.

Herr Eric Hofmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert den Inhalt der Vorlage und verweist auf das Änderungsblatt mit dem Einigungsvorschlag.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass es auch für die Stadt Plauen nicht leicht ist, die Kita-Gebühren zu erhöhen, da niemand junge Familien gerne belasten will. Jedoch sind notwendige Kostensteigerungen in den letzten Jahren nicht in dem Maße vorgenommen wurden, wie es notwendig gewesen wäre.

Seit 2018 hatten die Stadt Plauen und so auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einen immer größeren Anteil getragen, der nicht auf die Eltern umgelegt wurde. Um eine so große Erhöhung wie sie jetzt diskutiert wird, vermeiden zu können, wäre in den vergangenen Jahren eine stückweise Anpassung notwendig gewesen. Dies war jedoch auch vom Stadtrat nicht gewollt.

Die Stadt Plauen kann nun in der jetzigen Haushaltslage keine weitere Übernahme von Kosten leisten.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, betont, dass es sich hierbei um ein sehr leidiges Thema handelt und sich deshalb gemeinsam mit den anderen Fraktionen zusammengesetzt wurde, um zu überlegen, wie man hier zu einer Lösung finden kann. Sie unterstreicht auch nochmal, dass die Stadt Plauen nicht alle Kosten alleine tragen kann.

Stadträtin Knabe rechnet vor, dass es sich heruntergerechnet um 6 EUR pro Tag handelt, die man für die Betreuung seines Kindes ausgibt. Daher wird die Fraktion dem gemeinsam erarbeiteten Vorschlag zu stimmen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, sagt, dass auch wenn es sich hier um ein emotionales Thema handelt, es unumgänglich ist. Er bezieht sich auf den Antrag seiner Fraktion aus dem September, der beinhaltet, dass die derzeitige Übergangsregelung der letzten Jahre dauerhaft fortgeschrieben wird und Elternbeiträge nur dann erhöht werden, wenn das gesetzliche Mindestmaß unterschritten ist.

Stadtrat Hermann möchte wissen, warum die Stellungnahme der Verwaltung erst im Novem-

ber kam, da die Kalkulation bereits im Juni/Juli abgeschlossen war, die Diskussion nun aber bis in den Dezember „verschleppt“ wurde. Er bezieht sich auf die von seiner Fraktion gestartete Petition zu dem Thema.

Stadtrat Hermann erkennt an, dass die Verwaltung ein Schritt auf den Stadtrat zu gegangen ist, jedoch stellt sich für ihn immer noch die Frage, ob die nun vorgeschlagene Erhöhung tatsächlich notwendig ist. Er findet es falsch, dass über die Erhöhung der Elternbeiträge ein Konsolidierungsbeitrag zum Haushalt geleistet werden soll.

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, teilt mit, dass der Kompromissvorschlag für seine Fraktion so nicht tragbar ist und sie den Antrag der SPD/Initiative-Fraktion unterstützen werden. Er sieht nicht, dass die Verwaltung genügend tut, um zu sparen und somit die Elternbeiträge nicht erhöhen zu müssen.

Stadtrat Weiser hält es für falsch, den Eltern in die Tasche zu greifen und möchte ein Zeichen setzen, dass das mit der AfD so nicht möglich ist. Er spricht zum Antrag seiner Fraktion, die Dynamisierung zu streichen. Er hält es für richtig, bei Kostensteigerungen jedes Jahr aufs Neue darüber zu diskutieren.

Oberbürgermeister Zenner erwidert, dass es schade ist, dass trotz des gemeinsamen Kompromisses, bei dem sich alle einig waren, die AfD-Fraktion sich nun entscheidet dagegen zu stimmen.

Stadträtin Diana Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, betont, dass sie sich auch gerne niedrigere Beiträge gewünscht hätte und es ihrer Fraktion wichtig ist Eltern zu unterstützen. Jedoch findet sie es gut, dass man gemeinsam zu einem Kompromissvorschlag gelangt ist, der den ersten Vorschlag der Verwaltung stark abmildert. Ihr ist es wichtig, allen Kindern zu ermöglichen, in Gemeinschaft aufzuwachsen und das soziale Miteinander zu erleben.

Stadtrat Christian Petzoldt, CDU-Fraktion, betont, dass man gerne anders entscheiden würde, man es aber im Moment nicht kann. Er findet es wichtig, Kritik bei den Stellen anzubringen, die die Probleme in den Städten verursachen.

Stadtrat Petzoldt ist froh, dass man sich nochmal zusammengefunden hat und bei diesem schwierigen Thema einen Kompromissvorschlag gefunden hat. Er betont auch, dass seine Fraktion für die Dynamisierung ist, da diese Handlungssicherheit gibt.

Stadtrat Mike Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, unterstreicht, dass der Vorschlag der Verwaltung für seine Fraktion nicht akzeptabel war, da gerade die Erhöhung im Krippenbereich viel zu groß war. Seine Fraktion empfindet den Antrag der SPD/Initiative-Fraktion unterstützenswert. Jedoch könnte dieser dazu führen, dass 2026 das benötigte Geld fehlt und man Gefahr läuft, in eine Haushaltssperre zu kommen. Er findet es daher gut, dass man fraktionsübergreifend noch zu einem Kompromiss gelangt ist, den er persönlich befürwortet.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, bezieht sich auf Thüringen, wo es ab dem kommenden Jahr Beitragsfreiheit für die letzten beiden Kindergartenjahre geben soll.

Kommunen in Thüringen haben vor, künftig nicht mehr zwischen Krippe und Kindergarten zu unterscheiden. Stadtrat Eckardt bittet daher die Verwaltung darum, in Plauen zu errechnen, was es kosten würden, wenn für ein Kind über den gesamten Zeitraum ein einheitlicher Satz bezahlt wird.

Oberbürgermeister Zenner erwidert, dass natürlich darüber nachgedacht werden kann, er sich aber nicht sicher ist, ob man damit Rechtssicherheit erlangen würde.

Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion, sagt, dass er als Elternsprecher der Grundschule Jößnitz tätig ist und dass dort auch bereits über das Thema gesprochen wurde. Er begrüßt den Kompromissvorschlag, mit dem maßvoll erhöht wird. Allerdings betont er auch, dass Eltern und Kinder eine sehr kleine Lobby haben und bittet daher die Landtagsabgeordneten sowie den Sächsischen Städte- und Gemeindetag, dass über die entsprechenden Landeszuschüsse öfter diskutiert wird und sie so erhöht werden, dass die Lasten der Städte geringer werden.

Stadtrat Weiser, bezieht sich auf die Äußerung von Oberbürgermeister Zenner, dass die AfD-Fraktion nun entgegen dem Kompromiss stimmen möchte. Er verweist darauf, dass die Runde, die den Kompromiss ausgearbeitet hat, kein demokratisches Gremium sei und drei Tage vor Beschlussfassung im Stadtrat dort „mal schnell über 8 Millionen EUR“ abgestimmt werden sollte.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass es natürlich ein demokratisches Gremium ist, da dort Vertreter der Fraktionen saßen und ergänzt, dass dort über noch nichts beschlossen wurde.

Stadtrat Weiser verweist darauf, dass es den Stadtrat als Gremium gibt, in dem abgestimmt wird und daher auch Abstimmungen aus der Runde, die den Kompromiss erarbeitet hat, erst mit in die Fraktion zur Diskussion genommen werden und dann im Stadtrat entschieden werden.

Stadtrat Hermann, bezieht sich darauf, dass sich in der Runde, die den Kompromissvorschlag ausgearbeitet hat, nicht alle einig waren. Er selbst konnte sich dem auch nicht anschließen und hatte um weitere Zuarbeit gebeten, um Unklares zu beseitigen. Nach Durchsicht der Arbeiten ist er nach wie vor der Ansicht, dass es einer solchen Erhöhung nicht bedarf.

Oberbürgermeister Zenner korrigiert sich, dass die SPD/Initiative-Fraktion dem Kompromissvorschlag nicht zugestimmt hat.

Stadtrat Eric Holtschke, Fraktionsvorsitzender SPD/Initiative-Fraktion, sagt, dass seine Fraktion den Antrag eingebracht hat, weil er glaubt, dass dieser fraktionsübergreifend eine Mehrheit finden kann. Zudem haben sie die Petition gestartet, weil sie glauben, dass das Thema den Menschen wichtig ist.

Stadtrat Holtschke bittet Oberbürgermeister Zenner, sich die Petition nach Überreichung noch einmal zu Gemüte zu führen.

Stadtrat Rico Kusche, SPD/Initiative-Fraktion, betont nochmal das Interesse, die Elternbeiträge nur beim gesetzlichen Minimum zu belassen. Dieses dient gerade einkommensschwachen Regionen wie dem Vogtland. Er bittet um Zustimmung zum Antrag.

Beschluss zum Antrag der SPD/Initiative-Fraktion, Reg.-Nr. 2-24:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Änderung der Elternbeitragssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen, welche die aktuell geltende Übergangsregelung (§8) dauerhaft fortschreibt.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen; 20 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-11

Der Antrag ist abgelehnt.

Beschluss zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Reg.-Nr. 44-24:

Die im § 4 der Beschlussvorlage „Satzung zur 6. Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung vom 19.12.2023“ genannte Dynamisierung der Elternbeiträge wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen; 23 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-12

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zur Vorlage:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 6. Änderung der Satzung über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung) in der Fassung der Anlage zum Änderungsblatt zur Vorlagen-Nr.: BSV-076/2024 vom 09.12.2024.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen; 20 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-13

2.5. Haushaltssatzung 2025/2026 BSV-097/2024

Oberbürgermeister Zenner erläutert die Vorgehensweise. Er führt kurz in die Verhandlungen der Anträge ein. Danach wird Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen die Präsentation zu den Konsolidierungsmaßnahmen erläutern. Er schlägt vor, dass die Antragsteller die Anträge zum Haushalt vorstellen. Danach nimmt die Verwaltung Stellung dazu.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen erläutert die Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Plauen und die Grundlagen des Haushaltsplanentwurfes anhand einer Präsentation. Sie appelliert an die Anwesenden, sich für den Haushalt zu entscheiden, da eine freiwillige Konsolidierung wesentlich mehr Spielraum in der kommunalen Selbstverwaltung zulässt, als eine verpflichtende Variante.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion, erklärt, dass er sich als Landespolitiker für die Erhaltung und Erhöhung der Zuwendungen für die Kommunen einsetzen wird. Der vorliegende Haushalt ist eine der schwierigsten Entscheidungen in den letzten Jahren. Man sollte trotz dessen die regionale Wirtschaft nicht vergessen. Alle aktuellen Investitionen sollten zu Ende gebracht werden. Die Folgekosten sollten kritisch hinterfragt werden. Er ist froh, dass es keine Einsparungen bei den Vereinen gibt und keine Konsolidierungen über Steuererhöhungen im Haushalt zu finden sind. Er spricht sich für den Erhalt des Theaters aus, wohlwissend, dass hier neue Wege eingeschlagen werden müssen, um eine Finanzierung zu sichern. Eine Unterstützung über den Landkreis wird wohl weiterhin ausbleiben. Auch das Thema Straßenbahn sollte immer wieder in Richtung des Landkreises vorangetrieben werden. Die Fraktion wird ihren eingereichten Haushaltsantrag zurückziehen und anderen sogenannten „Schaufensteranträgen“ nicht zustimmen.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erklärt, dass der vorliegende Planentwurf keine großen Entscheidungsspielräume lässt. Deshalb bringt seine Fraktion nur Anträge zur Abstimmung, welche den Haushalt entlasten, ohne dabei die Bürger zu belasten. In Sachen Personaldecke habe die Kommune ihre Hausaufgaben gemacht. Hier wäre auf Landesebene noch einiges nachzuholen, um wieder mehr finanziellen Spielraum zu schaffen. Er sieht allerdings den Bund noch mehr in der Pflicht. Er empfiehlt, dem Haushalt zuzustimmen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion Die Linke/Grüne, dankt der Finanzverwaltung für die Erstellung eines genehmigungsfähigen Haushaltes, die Bereitschaft zur Konsolidierung und die Beantwortung aller gestellten Anfragen. Trotz allem stehen die Kommunen kurz vor der Pleite. Ursächlich dafür ist die Erfüllung vieler sozialer und kultureller Aufgaben, welche eigentlich nicht von ihnen zu erfüllen sind. Ihre Fraktion hat fünf Anträge u.a. zu Themen des Klimaschutzes und Kultur eingereicht. Einige wurden bereits seitens der Verwaltung angenommen. Sie richtet einen Appell an alle Fraktionen, dass demokratische Anträge nicht aufgrund parteipolitischer Hintergründe abgelehnt werden sollten.

Stadtrat Eric Holtschke, Fraktionsvorsitzender SPD/Initiative-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion mehrere Anfragen und Anträge eingereicht hat. Die Anträge wurden bereits zum Teil angenommen, dafür bedankt er sich. Außerdem dankt er für die Beantwortung aller Fragen in einer gemeinsamen Fraktionssitzung seitens der Finanzverwaltung. Er kritisiert die Konsolidierung im Rahmen der Elternbeiträge und vermisst klare Pläne zur Lösung der Misere zum Thema Theater und Straßenbahn. Er zitiert Bürgerinnen und Bürger aus der vorgelegten Petition zum Thema Elternbeiträge. Er kritisiert die wiederholte Verschiebung geplanter Straßenbaumaßnahmen.

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, bedankt sich für die Beantwortung aller Anfragen bei der Verwaltung. Er kritisiert die fehlende Vorbereitung auf die finanziell anstrengenden Jahre welche vorzusehen waren. Es wurden in den letzten Jahren sehr viele Investitionen getätigt und deshalb bleibt jetzt kein finanzieller Spielraum für andere Ausgaben. Die jährlichen Zinszahlungen verdoppeln sich. Dieser Haushaltsplan ist ein klarer Arbeitsauftrag an die Verwaltung. Die Gewerbegebiete sollten entwickelt werden und die Attraktivität der Stadt für junge Familien sollte erhalten bleiben. Man sollte sich auf die Kernaufgaben konzentrieren.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Fraktion Freie Bürgerliste Plauen erklärt, dass

angesichts der finanziellen Ausgangslage der Beschluss des Haushaltes notwendig ist, aber die Verantwortung als Stadtrat und die damit verbundene Außenwirkung für unumgängliche Entscheidungen nicht immer positiv ist. Er sieht die anhaltend hohen sehr kritisch. Auch der Aufwuchs an Stellen ist nicht immer nachvollziehbar. Er bittet um genauere Aussagen zu den erwähnten Reduzierungen an Investitionen und Instandhaltungen im Teilhaushalt 11. Er fragt außerdem, wo genau die erwähnte Reduzierung von Mitgliedsbeiträgen zu verzeichnen ist.

Bürgermeister Tobias Kämpf erklärt, dass die Reduzierung der Mitgliedsbeiträge sich auf den Tourismusverband Vogtland bezieht. Hier war ursprünglich eine Erhöhung geplant, diese wurde entsprechend in den Haushalt eingeplant. Die Erhöhung wurde nicht umgesetzt und der Ansatz im Haushaltsplan konnte deshalb reduziert werden.

Frau Hein, erläutert die Verfahrensweise zur Abstimmung der eingereichten Haushaltsanträge:

Zu jedem der auf der heutigen Tagesordnung stehenden Anträge bzw. modifizierten Anträge gibt es entsprechende Präsentationsfolien:

- Kurzform Antrag
- Beschlussempfehlung der Verwaltung
- Finanzielle Auswirkungen
- Beschlusstext des Antrages bzw. modifizierten Antrages

Besonders wichtig ist die Folie, auf welcher die konkreten Auswirkungen auf die Beschlussfassung zum Haushalt 2025/2026 dargestellt sind.

Die Präsentation zu den entsprechenden Anträgen wird im Nachhinein in session eingestellt. Es muss zwingend darauf geachtet werden, dass die Beschlussfassung zu den einzelnen Anträgen bezüglich ihrer Auswirkung auf den Haushalt eindeutig ist, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Sollten die Antragsteller mit den auf der Präsentationsfolie gezeigten Auswirkungen nicht einverstanden sein, dann müsste dies bitte eindeutig vorgetragen werden. Dies bezieht sich auch auf die Deckungsquellen.

Vor der Abstimmung über den Haushaltsplan, erfolgen die Abstimmungen über die Anträge der Fraktionen.

2.5.1. Antrag 18-24HH - Fraktion Freie Bürgerliste Plauen

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste Plauen, erläutert die Details des Antrages. Er stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung zur namentlichen Abstimmung. Diesem Antrag wird stattgegeben. Die Fraktion stimmt zu, dass eine Kopie der namentlichen Abstimmung in der Niederschrift abgelegt wird.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, trägt die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung vor und empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Abstimmungsergebnis des Geschäftsordnungsantrages: 26 Ja-Stimmen; 5 Nein-Stimmen; 10 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-14

Der Geschäftsordnungsantrag ist angenommen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass die Mittel zur freien Verfügung der Ortschaftsräte in den Ortsteilen ab dem Jahr 2025 auf 12 EUR je Einwohner erhöht werden.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen; 27 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-15

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen	27 Nein-Stimmen	5 Stimmenthaltungen
Eckardt, Ingo	Beegen, Daniel	Bertram, Heike
Gerbeth, Sven	Erhardt, Cornelia	Blechs Schmidt, Dieter
Gruber, Yvonne	Erhardt, Frank	Gruber, Lars
Hänsel, Claudia	Gerisch, Helmar	Holtschke, Erik
Kellner, Christian	Glied, Alexandra	Stubenrauch, Bernd
Knabe, Kerstin	Golle, Stefan	
Liedtke, Steffi	Heinritz, Jens	
Rank, Petra	Hering, Ronny	
Zierold, Diana	Hermann, Christian	
	Heydel, Sebastian	
	Kühn, Maike	
	Legath, Lars	
	Mühle, Monika	
	Petzold, Michael	
	Prof. Dr. Kowalzik, Lutz	
	Salzmann, Thomas	
	Schatzberg, Georg	
	Schmidt, Jörg	
	Schwarz, Maik	
	Simon, Diana	
	Tarnawski, Diana	
	Uhlig, Stephan	
	Wachsmuth, Mary	
	Weiser, Mathias	
	Windisch, Marx-Dominik	
	Witte, Markus	
	Zenner Steffen	

2.5.2. Antrag 395-24HH - Ortschaftsrat Jößnitz

Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion, Ortsvorsteher Gemeinde Jößnitz, erläutert die Details des Antrages. Zur Ortschaftsratssitzung am 11. Dezember 2024 wurde seitens des Ortschaftsrates ein Änderungsantrag beschlossen, in welchem die Erhöhung von 11,25 EUR auf 10,50 EUR reduziert wurde. Ab 1. Januar 2027 soll eine jährliche Dynamisierung in Höhe von 2% analog der Fraktionsmittel erfolgen.

Beschluss zum Änderungsantrag:

Der Ortschaftsrat Jößnitz stellt folgenden Änderungsantrag zum Antrag 395-24 (HH):
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. eine Erhöhung der Ortschaftsratsmittel für die sechs Ortsteile Großfriesen, Jößnitz, Kauschwitz, Neundorf, Oberlosa und Straßberg von 9,00 Euro auf 10,50 Euro je Einwohner ab 1. Januar 2025.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen; 15 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-16

2. eine Dynamisierung der Ortschaftsratsmittel ab 1. Januar 2027 um jährlich 2 %.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen; 22 Nein-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-17

Der Punkt 2 des Änderungsantrages ist abgelehnt.

2.5.3. Antrag 6-24HH - Ortschaftsrat Jößnitz

Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion, Ortsvorsteher Gemeinde Jößnitz, erläutert die Details des Antrages.

Herr Lutz Armbruster, Betriebsleiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor und empfiehlt die Zustimmung.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erklärt, dass er den Antrag nicht auf der Einladung zur Stadtratssitzung gefunden hat. Er meint, dass dieser bereits im Finanzausschuss beschlossen und übernommen wurde.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass der Antrag unter TOP 2.5.3 auf der Tagesordnung vermerkt ist und bittet um Abstimmung. Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass der Bauhof Jößnitz schnellstmöglich mit einer beheizten Aufenthaltsmöglichkeit inkl. WC und Dusche für die in Jößnitz eingesetzten Mitarbeiter der Immobilienservice Plauen GmbH ertüchtigt wird.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-18

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

2.5.4. Antrag 9-24HH - SPD/Initiative-Fraktion

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Oberbürgermeister Zenner bestätigt, dass sich die Verwaltung des Antrages annimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt: Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, im Jahr 2025 ein Haushaltsstrukturkonzept zu erarbeiten. Hierbei sind umfassend mögliche Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung als auch Einnahmeverbesserungen darzulegen. Ein erster Maßnahmenkatalog ist dem Stadtrat spätestens im Juni 2025 zur Beratung vorzulegen. Zur vorläufigen Abbildung im Haushalt wird eine zusätzliche pauschale PK-Reduzierung ab 2026 i.H.v. 2% p.a. bei tariflich Beschäftigten eingeplant.

Abstimmungsergebnis: Die Verwaltung nimmt sich des Antrages hinsichtlich des Haushaltsstrukturkonzeptes in modifizierter Form an. Die Vorlage des Haushaltsstrukturkonzeptes erfolgt im 4. Quartal 2025. Die Verwaltung wird regelmäßig im Finanzausschuss informieren.

Eine Abstimmung zum Antrag ist nicht erforderlich.

2.5.5. Antrag 10-24HH - SPD/Initiative-Fraktion

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Frau Peggy Hein, Fachdienstete für das Finanzwesen, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag vor und empfiehlt die Ablehnung.

Stadtrat Christian Hermann, ergänzt, dass die Argumentation, dass der Erstwohnsitz in Plauen angemeldet werden soll, zwar nachvollziehbar, aber prinzipiell bei Studierenden wenig zielführend ist. Die Studenten sind dual studierend und brauchen einen Praxispartner. Ist dieser ebenfalls in Plauen, erfolgt die Anmeldung in der Stadt. Liegt der Praxispartner außerhalb von Plauen, lässt das Melderecht hier keinen Spielraum, denn dann erfolgt die Anmeldung des Wohnsitzes außerhalb. Er hält es für sehr optimistisch, daraus eine Steuerfunktion für die Steuer abzuleiten. Er würde hier eher sehen, den Hochschulstandort Plauen mit der geforderten Regelung attraktiver zu gestalten.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Streichung der Zweitwohnsitzsteuer für Studierende und Auszubildende ab spätestens 01.01.2025. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte (z.B. Satzungsänderung) zeitnah auf den Weg zu bringen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-19

Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

2.5.6. Antrag 12-24HH - SPD/Initiative-Fraktion

Stadtrat Eric Holtschke, Fraktionsvorsitzender SPD/Initiative-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Herr Lutz Armbruster, Betriebsleiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erklärt, dass er die Intention des Antrages nachvollziehen kann. Die Auswirkungen auf den Haushaltsplan sind in der Präsentation nachvollziehbar. Zum Thema der genannten Verträge mit Vereinen kann er nicht nachvollziehen, wo hier die Transparenz und Augenhöhe fehlt. Die Bewirtschaftung wurde 2002 an die Vereine übertragen. Dort wurde ein Zuschussystem aufgebaut, welches seit langen Jahren stabil ist. Hier wird auf die Kraft der Vereine Rücksicht genommen. Ebenfalls gibt es eine Dynamisierung der Personalkosten in den bestehenden Verträgen. Er sieht keinen Bedarf, dieses System zu ändern. Der aktuelle Bestand an Zuschüssen kann dann allerdings nur neu aufgeteilt werden. Eine Erhöhung der Zuschüsse wird nicht möglich sein.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er Kontakt zu den Vereinen gesucht hat. Es soll im kommenden Jahr eine Zusammenkunft geben, um bestehende Unstimmigkeiten zu klären.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erklärt, dass die Intention zu gemeinsamen Gesprächen sehr positiv ist. Somit wäre zu den Punkten 2 und 3 des Antrages keine Abstimmung nötig. Zu Punkt 1 möchte er sagen, dass hier nicht zu 100% städtische Mittel verwendet werden sollen, sondern es sollen die Eigenanteile der Stadt sichergestellt werden. Notwendige Investitionen in den Vereinen werden trotz Fördermitteln abgelehnt, mit der Aussage, dass im Haushalt kein Geld zur Verfügung steht.

Oberbürgermeister Zenner empfiehlt, keinen festen Betrag einzustellen, sondern dies im Haushaltsvollzug zu tun, wenn tatsächlich Fördermittel abgerufen werden können.

Stadtrat Holtschke, erklärt, dass die Fraktion den Kompromiss mitgehen möchte.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Verwaltung immer, wenn es finanziell möglich ist, das Maximum für die Vereine leisten wird. Somit ist eine Abstimmung nicht erforderlich.

Antragstext:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. ein Sonderbudget i.H.v. jeweils 150.000 Euro für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 zur Kofinanzierung von investiven Maßnahmen bei Plauener Sportstätten mit dem Ziel der Reduktion der laufenden Betriebskosten (z.B. LED-Flutlicht, Heizungserneuerung). Die Maßnahmen sollen dabei zu mindestens 50% aus Fördermitteln finanziert werden.
2. die Überarbeitung der Sportstätten-Bewirtschaftungsverträge mit den Sportvereinen. Dabei sollen künftig einheitliche Regeln bzgl. Bewirtschaftungszuschuss und Eigenanteile der Vereine gelten. Auch eine Dynamisierung zum Inflationsausgleich ist dabei generell vorzusehen.
3. Die Stadtverwaltung informiert die Vereine mit Bewirtschaftungsverträgen noch im Dezember 2024 auch schriftlich über die Punkte 1 und 2 mit der Bitte um Benennung des konkreten Bedarfs investiver Maßnahmen und von Änderungsvorschlägen zu den Bewirtschaftungsverträgen. Spätestens im April ist basierend darauf dem Stadtrat ein Vorschlag zur Umsetzung der Punkte 1 und 2 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die SPD/Initiative-Fraktion zieht den Antrag zurück und erklärt sich mit dem folgenden Kompromiss einverstanden.

Die Verwaltung nimmt sich des Antrages hinsichtlich der verbesserten Einbindung der Vereine in der Sportstättenentwicklung als Arbeitsauftrag an.

2.5.7. Antrag 13-24HH - Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erläutert die Details des Antrages und stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erklärt seine Befangenheit und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Frau Nadine Läster, Pressesprecherin, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor und empfiehlt die Ablehnung.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion, spricht sich klar gegen den An-

trag aus. Dieser Antrag ist sehr mit Populismus behaftet, in einer Zeit, in der die Sicherheit im Land eine große Rolle spielt und die Bundeswehr diese gewährleistet.

Stadtrat Lars Legath, erklärt, dass die Kosten des Besuches der Mannschaft in Plauen nicht gestrichen werden sollen. Diese stehen weiterhin im Haushalt. Es entfallen die Kosten für die Besuche in Eckernförde.

Abstimmungsergebnis des Geschäftsordnungsantrages: 33 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-20

Der Geschäftsordnungsantrag ist angenommen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Zuwendungen für die U-Boot-Besatzung in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 2.000 EUR zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen, 1 Befangen

Beschluss-Nr.: 4/24-21

Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen.

21 Ja-Stimmen	15 Nein-Stimmen	4 Stimmenthaltungen
Beegen, Daniel	Bertram, Heike	Hermann, Christian
Eckardt, Ingo	Blehschmidt, Dieter	Kellner, Christian
Erhardt, Cornelia	Gerbeth, Sven	Knabe, Kerstin
Erhardt, Frank	Glied, Alexandra	Uhlig, Stephan
Gerisch, Helmar	Golle, Stefan	
Hänsel, Claudia	Gruber Yvonne	
Heinritz, Jens	Gruber, Lars	
Hering, Ronny	Heydel, Sebastian	
Kühn, Maike	Holtschke, Eric	
Legath, Lars	Mühle, Monika	
Liedtke, Steffi	Petzold, Michael	
Rank, Petra	Salzmann, Thomas	
Schatzberg, Georg	Schmidt, Jörg	
Schwarz, Maik	Stubenrauch, Bernd	
Simon, Diana	Zenner, Steffen	
Tarnawski, Diana		
Wachsmuth, Mary		
Weiser, Mathias		
Windisch, Max-Dominik		
Witte, Markus		
Zierold, Diana		

2.5.8. Antrag 17-24HH - Fraktion Freie Bürgerliste

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erklärt, dass die Fraktion den Antrag zurückzieht und im Jahr 2026 einen neuen Antrag auf den Weg bringt.

Die Fraktion Freie Bürgerliste Plauen zieht den Antrag zurück.

Ein neuer Antrag zu diesem Thema soll in 2026 vorgelegt werden.

2.5.9. Antrag 21-24HH - Fraktion Die Linke/Grüne

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion Die Linke/Grüne erläutert die Details des Antrages.

Oberbürgermeister Zenner verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung. Das geforderte Strukturkonzept liegt vor und ab Januar 2025 wird dazu in die Diskussion gegangen. Er empfiehlt die Rücknahme des Antrages aufgrund der laufenden Diskussion. Er fragt den Antragsteller, ob der Antrag zurückgenommen wird, da zunächst über das Strukturkonzept entschieden werden sollte.

Der Antragsteller verneint dies.

Oberbürgermeister Zenner stellt den Antrag zur Abstimmung und empfiehlt die Ablehnung aufgrund der laufenden Diskussion.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Bei dem Zuschuss laut Grundlagenvertrag für die Theater Plauen-Zwickau gGmbH sollten die anstehenden Tarifsteigerungen berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen; 25 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-22

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

2.5.10. Antrag 24-24HH - Fraktion Die Linke/Grüne

Stadträtin Diana Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne erläutert die Details des Antrages und erklärt, dass die Stellungnahme des Justizariates als Arbeitsauftrag angesehen wird. Die Fraktion zieht den Antrag zurück.

Antragstext:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Im Haushalt sind unter der Position Rechtsdienste auch Mediationskosten einzuplanen.

Die Fraktion Die Linke/Grüne zieht den Antrag zurück. Die Verwaltung nimmt sich des Antrages als Arbeitsauftrag an. Eine Abstimmung ist nicht erforderlich.

2.5.11. Antrag 37-24HH AfD-Fraktion

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Herr Lars Krämer, Leiter Büro Oberbürgermeister, verliest die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht erklärt, dass der Austritt erst zum 1. Januar 2026 möglich wäre und deshalb die Auswirkungen auf den Haushalt 2025 nicht zum Tragen kommen würden.

Oberbürgermeister Zenner verweist auf den unheimlichen Erfahrungsstamm der zahlreichen Mitgliedsstädte und das Konvolut an Wissen, welches hier (Deutscher Städtetag, DST) abrufbar ist. Für viele dieser Auskünfte wären an anderer Stelle externe Gutachten nötig.

Stadtrat Mathias Weiser erklärt, dass es eine weitere Mitgliedschaft der Stadt im Sächsischen Städte- und Gemeindetag (SSG) gibt. Auch dies wird seitens der Fraktion als kritisch gesehen. Aufgrund des Subsidiaritätsprinzips sollten diese Leistungen aus der Landesregierung kommen. Die gleichzeitigen Mitgliedschaften sollten nach Notwendigkeit hinterfragt werden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erklärt, dass der DST die Vertretung der deutschen Städte und Gemeinden beim Bund darstellt. Es ist wichtig, dass beim Erlass der Bundesgesetze die Städte und Gemeinden vertreten sind. Dieser Verband ist essentiell notwendig.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Stadt kündigt die Mitgliedschaft beim Deutschen Städtetag zum nächstmöglichen Zeitpunkt. (Schlüsselprodukt 111100)

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen; 30 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-23

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

2.5.12. Antrag 38-24HH AfD-Fraktion

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Bürgermeister Tobias Kämpf kann die Ablehnung der Kampagne nicht empfehlen. Dies ist eine langfristige Kampagne, welche auf Kontinuität angelegt ist, denn nur dann machen derartige Kampagnen überhaupt Sinn. Mit jedem Zuzug erhöht sich die Schlüsselzuweisung der Stadt. Dies soll damit befördert werden. Auch die zusätzlichen Einnahmen durch Touristen sollen hier vorangebracht werden. Diese Kampagne ist ebenfalls im bereits beschlossenen Tourismuskonzept eingearbeitet.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht erklärt, dass dieser Antrag viel zu spät gestellt wurde, um eine entsprechende Vorberatung in den Ausschüssen zu ermöglichen. Eventuell ist es sinnvoll, diese Kampagne in den Ausschüssen vorzustellen. Er bringt folgenden Änderungsantrag ein:

Die im Teilergebnishaushalt, Schlüsselprodukt 575002 Position 3.3., vorgesehenen Gelder für die Marketingkampagne „Plauens Lächeln“ werden bis Februar 2025 mit einem Sperrvermerk versehen.

Zeitgleich wird die Kampagne erneut in den Ausschüssen vorgestellt und über deren Fortführung beraten.

Antragstext:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Marketingkampagne „Plauens Lächeln“ wird auf die Haushaltsjahre 2027/2028 verschoben.

Beschluss zum Änderungsantrag Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht:

Die im Teilergebnishaushalt, Schlüsselprodukt 575002 Position 3.3., vorgesehenen Gelder für die Marketingkampagne „Plauens Lächeln“ werden bis Februar 2025 mit einem Sperrvermerk versehen.

Zeitgleich wird die Kampagne erneut in den Ausschüssen vorgestellt und über deren Fortführung beraten.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen; 18 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-24

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

Somit ist keine Abstimmung zu Antrag 38-24HH AfD-Fraktion erforderlich.

2.5.13. Antrag 39-24HH AfD-Fraktion

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, verliert die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erklärt, dass ihre Fraktion den Antrag zu dieser Befragung gestellt hatte. Einer weiteren Verschiebung kann sie nicht zustimmen, da auch eine Auswertung und Umsetzung von Ergebnissen erfolgen sollte. Auch eine Reduzierung der Kosten wurde umgesetzt.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, findet die Fortschreibung dieser Befragung gut. Er wünscht sich allerdings eine Information zur Auswertung und Umsetzung dieser.

Oberbürgermeister Zenner sichert hier eine transparente Auswertung zu.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Mitarbeiterbefragung wird auf die Haushaltsjahre 2027/2028 verschoben.
(Schlüsselprodukt 111202)

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen; 27 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-25
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

2.5.14. Antrag 40-24HH AfD-Fraktion

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung. Anfang des nächsten Jahres wird zu diesem Thema erneut die AG Digitalisierung tagen und diskutieren.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass im nächsten oder übernächsten Jahr in der Stadt Plauen ein KI-Institut in der Elsteraue etabliert werden soll. Die Verwaltung wird hier als Kooperationspartner agieren. Auch deshalb kann er die Annahme dieses Antrages nicht empfehlen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erklärt, dass hier wieder die Kurzfristigkeit des Antrages ungünstig ist. Seine Fraktion kann sich den Einsatz der KI in der Verwaltung gut vorstellen. Sie würden sich aber ebenfalls eine genauere Vorstellung des Projektes wünschen. Er schlägt deshalb vor, auch hier einen Sperrvermerk auf den Haushaltsposten bis März 2025 einzutragen und das Projekt nochmals in den Ausschüssen vorzutragen.

Er bringt folgenden Änderungsantrag ein:

Die im Teilergebnis-Haushalt 111607, Pos. 33 vorgesehenen Gelder für „Einführung KI-Nutzung“ werden bis März 2025 mit einem Sperrvermerk versehen. Zeitgleich ist das Projekt bis einschließlich März 2025 in den Ausschüssen des Stadtrates vorzustellen und ein Grundsatzbeschluss zu dem Projekt vorzubereiten. Dieser Beschluss soll in der Sitzung des Stadtrates im März 2025 gefasst werden.

Antragstext:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Einführung von KI-Nutzung wird auf die Haushaltsjahre 2027/2028 verschoben.

Beschluss zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht:

Die im Teilergebnis-Haushalt 111607, Pos. 33 vorgesehenen Gelder für „Einführung KI-Nutzung“ werden bis März 2025 mit einem Sperrvermerk versehen. Zeitgleich ist das Projekt bis einschließlich März 2025 in den Ausschüssen des Stadtrates vorzustellen und ein Grundsatzbeschluss zu dem Projekt vorzubereiten. Dieser Beschluss soll in der Sitzung des Stadtrates im März 2025 gefasst werden.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen; 18 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-26

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

Eine Abstimmung des Antrages 40-24HH AfD-Fraktion ist nicht erforderlich.

2.5.15. Antrag 41-24HH AfD-Fraktion

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Für Projekte zur Demokratieförderung werden keine Mittel zur Verfügung gestellt.
(Schlüsselprodukt 363000)

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen; 26 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-27

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

2.5.16. Antrag 42-24HH AfD-Fraktion

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Bürgermeister Tobias Kämpf, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung.

Stadträtin Diana Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, erklärt, dass viele Studien zeigen, dass Jugendliche an der kommunalen Entwicklung interessiert sind und sich beteiligen wollen. Dieses Engagement sollte gefördert und entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden. Dies erhält die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Sie bittet um die Ablehnung dieses Antrages.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erklärt als aktiver Jugendleiter, dass dieser Antrag gegen deutsches Recht verstößt. Es gibt in Deutschland ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz, welches die Kommunen zur Einbindung und Beteiligung von Jugendlichen verpflichtet. Die Stadt Plauen hat bereits eine sehr kleine Form der Beteiligung gewählt. Dies sollte erhalten bleiben. Er wirbt für die Ablehnung des Antrages. Er weist darauf hin, dass auch der folgende Antrag der AfD-Fraktion (43-24HH) Probleme mit der Rechtmäßigkeit aufweist. Auch die Teilhabe bzw. Eingliederung von Menschen mit Behinderungen ist gesetzlich festgeschrieben. Er empfiehlt auch hier die Ablehnung.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste Plauen, spricht sich dafür aus, dass diese Mittel im Haushalt bleiben. Er fragt, ob es sich, auch nach den Ausführungen von Herrn Stadtrat Legath, eventuell um eine Pflichtaufgabe der Stadt handelt.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass sich die Verwaltung für die projekt- und stadtteilbezogene Kinder- und Jugendbeteiligung entschieden hat. Auch in der Sächsischen Gemeindeordnung ist eine „angemessene Beteiligung“ hinterlegt. Er empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Stadtrat Weiser, erklärt, dass die AfD-Fraktion bei allen Jugendwahlen am besten abscheidet. Er ist der Meinung, dass die Gelder nicht entsprechend verwendet werden. Es sollte in Projekte investiert werden, welche die Jugendlichen wollen und nicht wovon die Stadt denkt, es verwenden zu müssen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Für das Jugendbeteiligungsforum werden keine Mittel zur Verfügung gestellt.
(Schlüsselprodukt 111111)

**Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen; 28 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-28**

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

2.5.17. Antrag 43-24HH AfD-Fraktion

Stadtrat Mathias Weiser, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Frau Nadine Läster, Pressesprecherin, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Die Linke/Grüne-Fraktion, bezieht sich auf einen Artikel aus der Freien Presse, welcher besagt, dass ca. 10% der Erwachsenen Probleme mit der deutschen Sprache und Rechtschreibung haben. Diesen würde die Verwaltung dann die Teilhabe verwehren. Sie empfiehlt deshalb, diesen Antrag eventuell zurückzuziehen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erklärt, dass er mit diesem Tool auch einen Bürokratieabbau erwartet.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Einführung des Tools „leichte Sprache“ wird nicht durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen; 25 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-29
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zur Vorlage BSV-097/2024:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den am 08.10.2024 elektronisch übermittelten und am 22.10.2024 vorgestellten Haushaltsplanentwurf 2025/2026 mit den in den Anlagen aufgezeigten Veränderungen sowie die Haushaltssatzung der Stadt Plauen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 in der sich daraus unter Berücksichtigung beschlossener Anträge ergebenden endgültigen Fassung, wobei auch Beschlüsse aus selbiger Sitzung des Stadtrates bei vorangegangenen Tagesordnungspunkten mit finanziellen Auswirkungen berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-30
Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

2.6. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)
BSV-081/2024

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, für die Jahre 2025 und 2026 auf einen Gesamtabchluss nach § 88b SächsGemO zu verzichten und stattdessen den Beteiligungsbericht nach § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO in bisheriger Form beizubehalten sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen auch weiterhin wie bisher nach der Eigenkapitalspiegelmethode in der Bilanz der Stadt Plauen auszuweisen.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-31

2.7. Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2024 der GAV
BSV-084/2024

Herr Lutz Armbruster, Betriebsleiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt die HKMS Treuhand GmbH Plauen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Marienstraße 16 in 08527 Plauen zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31.12.2024 für den Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-32

2.8. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die brandschutztechnische Ertüchtigung des Objektes Friedrich-Engels-Straße 1
BSV-085/2024

Herr Lutz Armbruster, Betriebsleiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner verweist auf das Änderungsblatt zur Vorlage.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, fragt nach, ob es Fördermittel für die Maßnahme gibt.

Herr Armbruster bestätigt, dass Fördermittel beantragt, aber noch nicht genehmigt sind.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass jedoch der vorzeitige fördermittelunschädliche Baubeginn genehmigt wurde.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 358.000,00 € für die brandschutztechnische Ertüchtigung des Objektes Friedrich-Engels-Straße 1 (12-0000198).

**Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-33**

2.9. Nachhaltiges Klimaanpassungskonzept für die Stadt Plauen (NaKliP)

BSV-059/2024

Frau Carla May, Klimaanpassungsmanagerin, erläutert das nachhaltige Klimaanpassungskonzept für die Stadt Plauen.

Stadträtin Diana Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, dankt Frau May für das umfassende Konzept, dass sich den Folgen des Klimawandels widmet und wünscht sich, dass es irgendwann in der Stadt Plauen auch ein Klimaschutzkonzept gibt, dass sich mit den Ursachen beschäftigt.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass es ein solches bereits gibt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Nachhaltige Klimaanpassungskonzept für die Stadt Plauen (NaKliP), welches unter der Förderrichtlinie „Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (DAS)“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) erarbeitet wurde.

**Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; 11 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 4/24-34**

2.10. Antrag der Fraktion SPD/Initiative-Fraktion - Winterdienst am Schloßhang sowie an der Friedensbrücke, Reg.-Nr. 4-24 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Eric Holtschke, Fraktionsvorsitzender SPD/Initiative-Fraktion, stellt den Antrag seiner Fraktion vor.

Herr Lutz Armbruster, Betriebsleiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, trägt den Inhalt der Stellungnahme der Verwaltung vor und erläutert ein paar Zahlen rund um die Thematik Winterdienst in der Stadt Plauen.

Er gibt an, dass immer weniger Firmen gewilltes Personal haben, um den Winterdienst durchzuführen.

Herr Armbruster erläutert, dass am Schloßhang kein maschineller Winterdienst möglich sei, sondern dieser manuell durchgeführt werden müsste. Der Schloßhang in sich hat elf Treppenanlagen und dort manuellen Winterdienst zu leisten, würde einen großen Zeitaufwand bedeuten. Die Berufsakademie selbst ist von zwei Seiten erschlossen, ohne dass man auf die Schlossterrassen angewiesen sei. Ein Winterdienst dort würde daher nicht zwingend notwendig sein, um die Berufsakademie als Student zu erreichen.

Zur Thematik Winterdienst an der Friedensbrücke erklärt Herr Armbruster, dass die große Haupttreppe im Räumplan enthalten ist, die kleinere Treppe auf der Seite der Industrie- und Handelskammer dagegen nicht. Dort ist im Winter vorgesehen, das Licht auszuschalten, sodass nicht der Anschein erweckt werden kann, dass diese Treppe nutzbar sei. Dass das Licht auf der Treppe im vergangenen Winter in Betrieb war, war lediglich ein Versehen und nicht beabsichtigt. Da die beiden Treppen in unmittelbarem Abstand zu einander sind, wird es als zumutbar angesehen, die große Haupttreppe zu verwenden.

Herr Armbruster empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, einen Winterdienst am Schloßhang (inklusive Zugang zur Dualen Hochschule) sowie an der Friedensbrücke zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen; 27 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 4/24-35

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, verweist auf die Information des Oberbürgermeisters zu Beginn der Sitzung bezüglich einer Sonderstadtratssitzung am 18. Januar 2025. Er fragt nach, warum das dort zu behandelnde Thema nicht in der regulären Stadtratssitzung am 3. Februar 2025 behandelt werden könne.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass dies mit den Fristen zusammenhänge, welche die Stadt Plauen vom Ministerium vorgegeben bekommt. Die Bewerbungsfrist läuft bis 31. Januar 2025.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, fragt nach, wie das „Adler-Kracht-Kunstwerk“ am Haupteingang des Rathauses bundesweit vermarktet wird.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Dieter Blechschmidt
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Lukas Wandtke
Schriftführer

Kerstin Knabe
Stadtrat